

**BESCHLUSSBUCH
ZUR UNTERBEZIRKSKONFERENZ
DER JUSOS IM UNTERBEZIRK CELLE
AM 28.FEBRUAR 2020**



Antragsschluss: 18.02.2020

INHALTSVERZEICHNIS

A – Arbeit.....	4
A1 Angleichung des Gehalts von Leiharbeiter*Innen	4
A2 Neue Kategorie: „Nutzer von Dienstleistung in menschlicher Arbeitskraft“	4
A3 Lohnangleichung zwischen den Geschlechtern	5
A4 Verpflichtendes „Jahr für die Allgemeinheit“	5
A5 Maximale Lohnschere innerhalb einer Unternehmensgruppe	6
A6 Offenlegung des Durchschnittsgehalts während des Vorstellungsgesprächs	7
A7 Unrechtmäßige Abfindungen im Management	7
B-Bildung	8
B1 Klimawandel im Schulunterricht	8
B2 KZ-Besuch auf weiterführender Schule ermöglichen	8
G – Gesundheit	9
G1 Legalisierung von Cannabis	9
G2 Homöopathie besser kontrollieren	9
G3 Begrenzung der Maximalkosten für die Nutzung einer Toilette	10
IN-Infrastruktur	10
IN1 Eine Toilette für Zelle	11
I – Inneres	11
I1 Gefährliche FDP verbieten	11
O - Organisation	12
O Vorschlag zur Satzungsänderung	12
S-Sonstiges.....	13
S1 Graben um den Bundestag verhindern	13
U – Umwelt	13
U1 Containern legalisieren	13

U2 Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden steigern.....	14
U3 Gratis Trinkwasserspender und Trinkflaschen für Schulen.....	14
U4 Aufstellung eines „City Tree“ zur Schadstoffreduktion	15
U5 Hersteller zu automatischem Standby verpflichten	16
U6 Ungefragte Werbezusendungen verbieten	16
U7 Pflicht für abnehmbare Kabel.....	17
U8 Steingärten verbieten (zurückgezogen)	17
VS – Verbraucher*Innenschutz	18
VS1 Rufnummernportierung.....	18
VS2 Verpflichtende Softwareupdates für Smartphones.....	18
V – Verkehr	19
V1 Preisgrenze für Monatskarten für Auszubildende/ Schüler*Innen/Studierende/Freiwilligendienstleistende.....	19
V2 Einen Tag im Monat kostenlos mit dem Bus fahren.....	20
V3 Günstigere Bahntickets.....	20
V4 Förderung beim Kauf von Pedelecs.....	20
V5 Neuverhandlung des Care- Diesels - Genehmigung in Deutschland	21
V6 ÖPNV Revolution in Celle.....	21
V7 Kostenlose Beförderung für Schüler*Innen der Oberstufe durch CeBus.....	22
V8 Projekt Mitfahrgelegenheiten	23
V9 Prüfung von Fahrradverleihstation	23
W – Wirtschaft und Finanzen.....	24
W1 Erbschaftssteuer für Großbeträge erhöhen.....	24
W2 Mitarbeiter*Innenbeteiligung in Unternehmen	24
W3 Anhebung des sozialversicherungspflichtigen Bereichs.....	25

A – Arbeit

A1 Angleichung des Gehalts von Leiharbeiter*Innen

Antragsteller: Sören Meyer

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Leiharbeiter*Innen sollen ab dem ersten Tag im Unternehmen das Einstiegsgehalt eines Mitglieds der Stammbesellschaft in vergleichbarer Position bekommen.

Begründung: Das Konzept der Leiharbeit wird häufig in seiner jetzigen Form für Lohndumping benutzt, indem geringverdienende Leiharbeiter*Innen anstelle von tariflich beschäftigten, festangestellten Mitarbeiter*innen verwendet werden. Da Leiharbeiter*Innen nach der derzeitigen Rechtslage erst nach 9 Monaten dasselbe Gehalt wie die Stammbesellschaft bekommen. Was häufig dazu führt, dass die Leiharbeiter*Innen nach 9 Monaten für ein paar Monate das Unternehmen verlassen müssen, um später wieder eingestellt zu werden. Wobei die 9 Monate von vorne anfangen. Deswegen für einen gerechten Lohn kein Sozialdumping mehr, sondern gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

A2 Neue Kategorie: „Nutzer von Dienstleistung in menschlicher Arbeitskraft“

Antragsteller: Jan Fleischmann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die strikte Trennung von abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit soll verworfen werden und die Kategorie „Nutzer von Dienstleistung in menschlicher Arbeitskraft“ eingeführt werden, damit auch die Plattformen wie Uber oder Lieferando in die Sozialsysteme einzahlen.

Begründung: Die Abgrenzung zwischen selbständigen Subunternehmer*Innen und weisungsgebundenen Arbeitnehmer*Innen ist nicht immer leicht zu ziehen. Die Gewerbeanmeldung ist für sich genommen kein Nachweis für eine selbständige Tätigkeit. Zunehmend versuchen Unternehmer*Innen weisungsabhängige Tätigkeiten aus ihrem Betrieb auszugliedern und an selbständige Subunternehmer*Innen zu übertragen (Outsourcing). Hierzu gehören zum Beispiel die Tätigkeiten von Köch*Innen, Kellner*Innen, Taxifahrer*Innen, Aushilfsfahrer*Innen, Telefonverkaufsberater*Innen, Propagandist*Innen und Warenplatzierer*Innen. Arbeitgeber*Innen versprechen sich bei der Ausgliederung die

Einsparung von Lohnnebenkosten, wie den Arbeitgeber*Innenanteilen bei der Sozialversicherung und die Verringerung arbeitsrechtlicher Risiken, wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

A3 Lohnangleichung zwischen den Geschlechtern

Antragsteller: Sören Meyer

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☐ Angenommen ☒ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Es soll gesetzlich festgelegt werden, dass Arbeitnehmer*Innen unabhängig von ihrem Geschlecht das gleiche Gehalt bekommen.

Begründung: Bereits viel zu lange werden aufgrund des Geschlechts in Deutschland unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit bezahlt. Das darf so nicht weiter akzeptiert werden, weswegen der Gesetzgeber festlegen sollte, dass Löhne unabhängig vom Geschlecht ausgezahlt werden sollen. Obwohl bereits im Grundgesetz die Gleichheit von Frau und Mann festgelegt wurde gibt es in vielen Betrieben diese Lohnungleichheit bis heute. Da dies sich bis heute nicht geändert hat ist es Zeit für eine gesetzliche Regelung.

A4 Verpflichtendes „Jahr für die Allgemeinheit“

Antragsteller: Alexander Pape

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Junge Menschen sollen nach ihrem Schulabschluss an einer allgemeinbildenden Schule, ein Jahr für die Gesellschaft ableisten. Dazu sollen sie in sozialen Einrichtungen (z.B. Krankenhäuser, Pflege- und Kinderheime) und in der Bundeswehr eingesetzt werden. Auch ein FSJ/BFD/FÖJ/... soll als Ersatz anerkannt werden. Es soll außerdem den jungen Erwachsenen freigestellt sein, den Dienst an der Gesellschaft im In- oder Ausland durchzuführen.

Begründung: In der Bundeswehr, in Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen sozialen Einrichtungen fehlt dringend benötigtes Personal. Das „Jahr für die Allgemeinheit“, kann hier Abhilfe schaffen und junge Menschen eventuell wie es in der Praxis bereits empirisch festgestellt werden konnte für diese Bereiche und Berufe begeistern. Außerdem lernen die jungen Leute Verantwortung zu übernehmen und etwas Gutes für ihre Gesellschaft zu tun. In Bezug auf die Bundeswehr ist es mehr als fahrlässig, einen derart großen Personal- und Nachwuchsmangel zuzulassen. Eine Anwerbung von Ausländer*Innen und Söldner*Innen, wie es derzeit Praxis ist und ausgeweitet werden soll, ist keinesfalls sinnvoll. Angesichts wachsender Bedrohungen aus dem Ausland, muss Deutschland eine einsatzbereite, personalstarke Armee zur Verteidigung besitzen, solange es noch keine europäische Verteidigungsarmee gibt. Außerdem sollen die jungen Menschen an bestimmte Berufsgruppen herangeführt werden, um deren Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und sie enger mit der Bevölkerung zu verbinden. In der Bundeswehr, in Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen sozialen Einrichtungen fehlt dringend benötigtes Personal. Das „Jahr für die Allgemeinheit“, kann hier Abhilfe schaffen und junge Menschen eventuell wie es in der Praxis bereits empirisch festgestellt werden konnte für diese Bereiche und Berufe begeistern. Außerdem lernen die jungen Leute Verantwortung zu übernehmen und etwas Gutes für ihre Gesellschaft zu tun. In Bezug auf die Bundeswehr ist es mehr als fahrlässig, einen derart großen Personal- und Nachwuchsmangel zuzulassen. Eine Anwerbung von Ausländer*Innen und Söldner*Innen, wie es derzeit Praxis ist und ausgeweitet werden soll, ist keinesfalls sinnvoll. Angesichts wachsender Bedrohungen aus dem Ausland, muss Deutschland eine einsatzbereite, personalstarke Armee zur Verteidigung besitzen, solange es noch keine europäische Verteidigungsarmee gibt. Außerdem sollen die jungen Menschen an bestimmte Berufsgruppen herangeführt werden, um deren Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhöhen und sie enger mit der Bevölkerung zu verbinden.

A5 Maximale Lohnschere innerhalb einer Unternehmensgruppe

Antragsteller: Sören Meyer

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Bundestag solle sich dafür einsetzen, dass eine gesetzliche Regelung zur maximalen Lohnschere innerhalb einer Unternehmensgruppe festgelegt wird. Geregelt werden sollen insbesondere die Ausnahmen, namentlich betreffend den Lohn für Personen in Ausbildung, Praktikant*Innen sowie Menschen mit geschützten Arbeitsplätzen.

Begründung: Der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn sollte nicht extrem viel höher sein als der kleinsten vom gleichen Unternehmen bezahlte Lohn. Als Lohn gilt die Summe aller Zuwendungen (Geld und Wert der Sach- und Dienstleistungen), welche im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit entrichtet werden.

A6 Offenlegung des Durchschnittsgehalts während des Vorstellungsgesprächs

Antragsteller: Jan Fleischmann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Das Unternehmen muss bei der Einstellung (Vorstellungsgespräch) das Durchschnittsgehalt der ausgeschriebenen Stelle offenlegen.

Begründung: Wenn Angestellte weniger bekommen als der Durchschnitt, haben sie die Möglichkeit sich im eigenen Unternehmen ein zu klagen. Das führt oft dazu, dass die Karriere Chancen für die jeweils Einzelnen im Unternehmen schlechter sind. Somit wird die Gefahr der Diskriminierung umgangen und jede*r kann vorzeitig entscheiden ob er/sie/* die Stelle trotz geringem Gehalt annimmt. Außerdem wird Transparenz geschaffen.

A7 Unrechtmäßige Abfindungen im Management

Antragsteller: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die Mitglieder eines Aufsichtsrates oder Geschäftsführer*Innen sollen keine Abgangsgelder oder andere Entschädigungen, keine Vergütungen im Voraus, keine Prämien für Firmenkäufe und -verkäufe und keinen zusätzlichen Berater*Innen - oder Arbeitsvertrag von einer anderen Gesellschaft der Gruppe bekommen, falls sie eine unzureichende Arbeitsleistung gezeigt haben.

Begründung: Immer wieder bekommen Firmenchef*Innen, die ihr Unternehmen schlecht gewirtschaftet haben, allein dafür, dass sie gehen, Millionen Euro an Abfindungen, während gleichzeitig Massenentlassungen anstehen. Dies ist eine ungerechte Behandlung von

Arbeitnehmer*Innen die für die Misserfolge des Managements grade stehen müssen, während die Verantwortlichen noch eine Millionen-Abfindungen kriegen.

B-Bildung

B1 Klimawandel im Schulunterricht

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Juso-Landeskonferenz

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Landtag soll sich dafür einsetzen, dem Thema Klimawandel in der Schule mehr Raum zu schaffen. Außerdem sollen in den verschiedenen Fächern unterschiedliche Aspekte des Themas behandelt werden.

Begründung: Aufgrund der hohen Dringlichkeit des Themas und des relativ niedrigen Wissenstandes um das Thema, soll der Klimawandel verstärkt im Schulunterricht behandelt werden. So können neben naturwissenschaftlichen Effekten (Physik/Chemie) auch Auswirkungen auf Mensch und Tier (Biologie), Soziale Aspekte (Werte und Normen/Ethik), Religiöse Aspekte (Religion), die Geschichte des menschengemachten Klimawandels (Geschichte) und die Auswirkungen auf die Politik (Politik) betrachtet werden.

B2 KZ-Besuch auf weiterführender Schule ermöglichen

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Juso-Landeskonferenz

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Landtag soll sich dafür einsetzen, ein Gesetz zu verabschieden, welches weiterführende Schulen verpflichtet allen Schüler*Innen einen KZ-Besuch während der Schullaufbahn zu ermöglichen.

Begründung: Um dem Vergessen innerhalb der Gesellschaft entgegenzuwirken muss jede Person schon im jungen Alter an diese schwierige Thematik herangeführt werden. Leider ist

es heutzutage eher selten, dass Schulen Exkursionen in eine KZ-Gedenkstätte anbieten. Da der Anblick eines KZ jedoch einen viel stärkeren Eindruck der schrecklichen Taten hinterlässt als der Blick in ein Lehrbuch, soll diese Möglichkeit geschaffen werden.

G – Gesundheit

G1 Legalisierung von Cannabis

Antragsteller: Jan Fleischmann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die Legalisierung von Cannabis soll beschlossen werden.

Begründung: Die derzeitige Drogenpolitik ist gescheitert. Trotz Repression ist der Markt nämlich da. Die Frage ist, überlassen wir es den Dealer*Innen, die nicht nach einem Personalausweis fragen und die beim zweiten Kauf auch noch härtere Drogen anbieten, wie z.B. Koks und dir vielleicht noch gestrecktes Marihuana verkaufen, wodurch du schwere gesundheitliche Risiken auf dich nimmst ohne es zu wissen. Daher sollte der Verkauf legalisiert werden, nicht des Kiffens wegen sondern um wirklichen Jugendschutz und Verbraucher*Innenschutz herzustellen. Das heißt Mindestabstände zu Schulen und ähnlichen Einrichtungen, Ausweispflicht in den Shops, sowie verpflichtende Beratung bei der Suchtberatung vor dem ersten Kauf. Außerdem entlastet es die Justiz wie Polizei, da sie so wieder mehr Zeit und Kapazitäten für richtige Fälle hat als Konsument*Innen zu verfolgen. Der Bandenkriminalität wird ein wichtiges Segment entzogen. Des Weiteren entstehen in allen 3 Sektoren neue Arbeitsplätze und der Staat kann Steuern generieren, die zum Großteil in die Kommune zurückfließen, da sie auch vor Ort die Präventionsarbeit leisten.

G2 Homöopathie besser kontrollieren

Antragsteller: Pascal Hemme

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Das Zulassungsverfahren für homöopathische Mittel soll, dem für normale Medikamente angeglichen werden. Für nur registrierte Mittel soll die Kennzeichnung verdeutlicht werden von „Registriertes homöopathisches Arzneimittel, daher ohne Angabe einer therapeutischen Indikation“. In „Registriertes homöopathisches Mittel für eine Wirkung gibt es keine wissenschaftlichen Belege“.

Begründung: Zurzeit muss für eine Zulassung kein Zulassungsverfahren wie bei normalen Medikamenten durchlaufen werden. Das Zulassungsverfahren läuft nach dem Prinzip des Binnenkonsens ab. Es reicht also „Anwendungsbeobachtungen“ homöopathische Literatur und ein von der zuständigen Kommission herausgegebenes Punktesystem zur Entscheidung heranzuziehen. Wenn Verbraucher*Innen lesen „zugelassenes homöopathisches Mittel“, dann denken sie die Wirkung ist belegt. Was sie nach wissenschaftlichen Standards nicht ist. Deshalb soll die Zulassung an das Verfahren für Medikamente angepasst werden. Die Kennzeichnung „Registriertes homöopathisches Arzneimittel, daher ohne Angabe einer therapeutischen Indikation“ ist nicht eindeutig genug und gehört vereinfacht. Vorschlag dafür wäre „Registriertes homöopathisches Mittel für eine Wirkung gibt es keine wissenschaftlichen Belege“.

Fußnoten

Erklärungsvideo

<https://youtu.be/7tEoehixGvk>

G3 Begrenzung der Maximalkosten für die Nutzung einer Toilette

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag (Priorität)

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Bundestag möge sich dafür einsetzen, die Kosten für einen Toilettengang auf maximal 0,50€ zu begrenzen.

Begründung: Der Gang zur Toilette ist ein Grundbedürfnis und absolut natürlich, sowie nicht verhinderbar. Da zur Erfüllung der menschlichen Notdurft dringen ein Abort besucht werden muss (Erfüllung außerhalb des Aborts in der Öffentlichkeit ist strafbar), sollte dieser Besuch maximal 0,50€ kosten. Dies ist der maximalen Preise, welcher an jedem Abort bedingungslos gelten sollte. Eine Diskussion über die angebliche Wirtschaftlichkeit, darf in diesem Punkt nicht zugelassen werden.

IN-Infrastruktur

IN1 Eine Toilette für Celle

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD Kreistags-/Stadtratsfraktion

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Stadtrat möge sich dafür einsetzen, die Toiletten im Celler Bahnhof wieder zu eröffnen.

Begründung: Leider hat die Bahn im vergangenen Jahr beschlossen, die Toiletten im Celler Bahnhof zu schließen und die Stadt Celle, dass sie dafür keine Alternative anbietet. Dies ist ein unhinnehmbarer Schritt! In einem Bahnhof sollte es die Möglichkeit geben kostenfrei die eigene Notdurft zu verrichten.

I – Inneres

I1 Gefährliche FDP verbieten ☺

Antragsteller: Alexander Pape

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☐ Angenommen ☒ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD soll unverzüglich ein FDP-Verbotsverfahren in die Wege leiten.

Aufgrund der aktuellen erschreckenden Geschehnisse in Thüringen und der Tatsache, dass der Vorsitzende dieser gefährlichen Partei offenbar ein Drogen konsumierender, gemeingefährlicher Verbrecher ist, sollte die FDP nicht mehr, wie bisher, als Spaßpartei betrachtet werden. Durch das Paktieren mit NationalSOZIALISTEN stellt die FDP zudem eine große Gefahr für unseren geliebten Kapitalismus dar und das können wir als Jusos nicht hinnehmen. Ein Verbotsverfahren hätte, durch eine garantierte breite überparteiliche Zustimmung, große Aussicht auf Erfolg, da hiermit auch Die Partei von Herrn Sonneborn ihren ärgsten Konkurrenten aus dem Weg räumen könnte. Auch die Richter des

Bundesverfassungsgerichtes werden von der erdrückenden Beweislast überzeugt sein.
Beigefügt ein Foto des besagten Parteivorsitzenden während eines Trips in Amsterdam.



O - Organisation

O Vorschlag zur Satzungsänderung

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an:

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

1. Gendersternchen einführen/gendern

2. §9 (1), (4) ausgesetzt

3. §11(3) 2/3 Mehrheit

4. §13(1) oder bis zur genannten Frist

5. §13 (2) aufgelöst stattdessen in 1 eingebunden

6. §14 (1) 2. Löschen, da Formalfehler

7. Unterbezirksbeirat Verknüpfungen löschen (inkl. V.)

8. Anträge können ab 7 anwesenden Jusos mit einfacher Mehrheit bei jedem Roten Freitag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.

S-Sonstiges

S1 Graben um den Bundestag verhindern

Antragsteller: Sören Meyer

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☐ Angenommen ☒ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Bundestag solle sich gegen einen Graben vor dem Bundestag einsetzen.

Begründung: Der Bundestag ist die letzten über 100 Jahre ohne Graben für die Sicherheit ausgekommen und braucht auch jetzt keinen Graben. Ein Graben spaltet mehr als alles andere und seine Errichtung für die Sicherheit ist ähnlich der Errichtung einer Mauer für die Sicherheit, was ein bestimmter US-Präsident grade plant.

U – Umwelt

U1 Containern legalisieren

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Bundestag soll sich dafür einsetzen, Containern zu legalisieren. Dazu sollen die Paragraphen 123(Hausfriedensbruch) und 242 ff. (Diebstahl) StGB entsprechend angepasst werden.

Begründung: Noch essbare Nahrung zu entsorgen ist sinnfrei. Es wurden nicht nur Ressourcen und Arbeitskraft aufgebracht, um diese Nahrung herzustellen, sondern durch die Produktion auch CO2-Emmissionen erzeugt. Durch diese Gesetzesänderung könnten Geschäfte auch dazu gebracht werden, ihre Produkte zu rabattieren oder an gemeinnützige Organisationen zu spenden. Auch ein Verkauf an Landwirte und Landwirtinnen als Futtermittel oder als Grundstoff zur Energieerzeugung ist denkbar. In vielen Ländern stellt das Containern keine Straftat dar, wie z.B. in Österreich, der Schweiz, Frankreich und Kanada (Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Containern>)

U2 Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden steigern

Antragsteller: Pascal Hemme

Weiterleitung an: SPD Kreistags-/Stadtratsfraktion

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD im Landkreis Celle möge sich dafür einsetzen, dass bei der Planung von Neubauten landkreiseigener Gebäude Solaranlagen, Photovoltaikanlagen, Holzhackschnitzelanlagen und andere Arten der regenerativen Energieerzeugung Berücksichtigung finden. Des Weiteren muss geprüft werden ob ein Bauen nach Passiv- oder Niedrigenergiehaus Standards möglich ist und bei der Planung von Neubauten mitberücksichtigt werden muss. Bei bereits bestehenden Gebäuden muss geprüft werden, ob hier eine Nachrüstung und Steigerung der Energieeffizienz noch ökonomisch sinnvoll ist.

Begründung: Der Landkreis Celle geht seinen Bürger*Innen als Vorbild voran und zeigt wie wichtig Umweltschutz und Energieeffizienz sind. Die hohen Anschaffungskosten werden sich refinanzieren und die Finanzen des Landkreises werden von dem gesunkenen Energieverbrauch profitieren. Zusätzlich würden sie durch Einnahmen aus dem EEG profitieren. Einsparungen im Bereich Energie sind außerdem ein großer Beitrag zum Umweltschutz.

U3 Gratis Trinkwasserspender und Trinkflaschen für Schulen

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD Kreistags-/Stadtratsfraktion

Abstimmungsergebnis: ☐ Angenommen ☒ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD im Stadtrat bzw. Kreistag soll sich dafür einsetzen, an allen öffentlichen Grundschulen und weiterführenden Schulen kostenlose Trinkwasserspender aufzustellen und stabile (Metall)trinkflaschen kostenfrei auszugeben. Außerdem soll der Verkauf von Einwegflaschen an Schulen verboten werden.

Begründung: Häufig nutzen Grundschüler*Innen aus Bequemlichkeitsgründen EinwegPlastikflaschen. Diese verursachen allerdings, vor allem auf Dauer gesehen, eine extreme

Menge an Plastikabfall, welcher häufig auch nicht ordnungsgemäß recycelt wird. Durch diese Maßnahme wird dieser Müll während der Schulzeit auf nahezu Nichts minimiert. Außerdem

wird so der Konsum von Wasser gefordert, anstatt von überzuckerten Limonaden. Mehrwegflaschen und eigene Getränke in mitgebrachten Trinkflaschen bleiben davon unberührt, sodass die Kinder auch weiterhin ihre gewohnten Getränke zu sich nehmen können.

U4 Aufstellung eines „City Tree“ zur Schadstoffreduktion

Antragsteller: Jonathan Schwetmann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag , SPD Kreistags-/Stadtratsfraktion

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass im Celler Stadtgebiet ein „City Tree“ aufgestellt wird.

Begründung: Der Ausstoß von Gift- und Schadstoffen im Straßenverkehr hängt ohne Zweifel mit Gesundheitsschäden und der Erderwärmung zusammen. Ein bekannter Ansatz dem entgegenzuwirken ist das Pflanzen von Bäumen. Jedoch brauchen diese Zeit zum wachsen und nehmen, gerade in dicht besiedelten Städten, viel Platz weg. Es braucht also eine Alternative um die Luft an unseren Krankenhäusern, Straßen und Schulen effizient zu verbessern, sodass den Bürger*Innen, in den voraussichtlich immer wärmer werdenden Sommern, eine kühlere, städtische Atmosphäre gewährleistet wird.

Es gibt bereits Unternehmen, die derartige Technologien entwickeln und schon einige auf den Markt gebracht haben. So auch ein deutsches Start-Up-Unternehmen mit dem Namen „Green City Solutions“, welche den sogenannten „CityTree“ entwickelt hat. Die Kosten eines City Trees belaufen sich auf ca. 25 000€. Welche durch Fördergelder und/oder Spenden eingenommen werden könnten. Es stehen bereits welche in Dresden, Jena, Leipzig, Darmstadt und Berlin, sowie auch international in weiteren Städten. Der besagte „Baum“ besteht aus Mooskulturen, meist angelegt in einem vertikalen Quadrat, welche die umgebende Luft mithilfe von Photosynthese reinigen. Trotz seiner Standfläche von 3,5 m² reinigt er die gleiche Luftmenge wie 275 echte Bäume. Hinzu kommt, dass, dank integrierter Sensoren, die Filterleistung nach den gegebenen Bedingungen angepasst werden können.

Erwiesen ist: Die Kosten allein durch die Luftverschmutzung sind wirtschaftlich und physisch erheblich. Dieser Antrag stellt zumindest ein Beispiel vor, wie wir mit präventiver Innovation unseren Teil an einer Verbesserung dieser Verhältnisse beitragen können und langfristig sicherlich einen kleineren Preis dafür zahlen würden.

U5 Hersteller zu automatischem Standby verpflichten

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Bundestag möge sich dafür einsetzen, dass in Deutschland verkaufte elektronische Geräte, welche üblicherweise ausgeschaltet werden können, bei Nichtbenutzung, nach einiger Zeit im Leerlauf automatisch in den Standby-Modus schalten.

Begründung: Um den Stromverbrauch in Deutschland zu senken, sollen Geräte, welche nicht benutzt werden und üblicherweise abgeschaltet werden (z.B. PC, Konsolen, Fernseher) nach einiger Zeit im Leerlauf (keine Aufgaben) automatisch in den Standby schalten. Die Gründe dafür sind, dass hin und wieder schlichtweg vergessen wird die Geräte abzuschalten oder auch, dass einige Menschen die Geräte aus Bequemlichkeitsgründen durchweg laufen lassen, obwohl sie im Leerlauf keinen Nutzen bringen. Durch die Senkung des Stromverbrauchs werden nicht nur Kosten bei den Verbraucher*Innen gesenkt, sondern auch die Umwelt geschont, da weniger Energie erzeugt werden muss. Außerdem senkt sich durch den Dauerbetrieb die zu erwartende Haltbarkeit der Geräte. U6 Ungefragte Werbezusendungen verbieten.

U6 Ungefragte Werbezusendungen verbieten

Antragsteller: Pascal Hemme

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Es möge beschlossen werden, dass Werbezusendungen von Zusteller*Innen nur noch erfolgen dürfen, wenn eine Einwilligung dazu besteht. In Form eines Aufklebers auf dem Briefkasten „Werbesendungen erwünscht“.

Begründung: Viele Menschen bekommen mehrfach die Woche Werbezusendungen und schmeißen diese ungelesen weg. Das ist eine große Verschwendung an Papier und Plastik. Allein in Amsterdam werden dadurch jährlich 6.000 Tonnen Papier gespart.

U7 Pflicht für abnehmbare Kabel

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Bundestag möge sich dafür einsetzen, dass in Deutschland nur noch elektronische Geräte mit abnehmbarem Kabel, statt fest angebrachter, verkauft werden dürfen.

Begründung: Viele elektronische Geräte sind per Kabel an den Strom oder andere Geräte und Quellen angeschlossen. In einigen Fällen sind diese Kabel auch abnehmbar, sprich sie lassen sich ein und ausstecken am Gerät selbst. Es gibt allerdings auch Geräte, an denen dies nicht möglich ist. Sollte es hier zu einem defekt am Kabel kommen (z.B. Kabelbruch) muss somit das gesamte Gerät entsorgt werden, obwohl nur ein geringer Teil beschädigt ist. Dies stellt eine absolut sinnlose Verschwendung von Ressourcen dar. Wenn das Gerät jedoch über ein abnehmbares Kabel verfügt, so muss nur ein neues Kabel gekauft werden, was Kosten spart und der Umwelt guttut. Ggf. sollte auch eine EU-weite Regelung angestrebt werden.

U8 Steingärten verbieten (zurückgezogen)

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☐ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktionen in den Räten sollen sich dafür einsetzen, Steingärten in den Kommunen zu verbieten.

Begründung: Steingärten sind uncool.

VS – Verbraucher*Innenschutz

VS1 Rufnummernportierung

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Bundestag möge sich dafür einsetzen, dass alle Mobilfunkunternehmen zusätzlich zur bisherigen Rufnummernportierung zu anderen Anbietern auch die Rufnummernportierung in den eigenen Unternehmen zulassen.

Begründung: Bei der Rufnummernmitnahme (oder -portierung) wird die Rufnummer von einem Anbieter zum anderen mitgenommen. Dies ist nach §46 TKG gesetzlich so vorgeschrieben. Leider regelt das Gesetz nur die Mitnahme zu anderen Anbietern und nicht die Rufnummernmitnahme innerhalb eines Anbieters. So prüft Telefonica derzeit ob sie die Portierung innerhalb ihrer Unternehmensgruppe (o2, Blau, Al Yildiz) einschränkt.

Quelle:<https://www.teltarif.de/telefonica-interne-portierung-o2-blau-ay-yildizeingeschraenkt/news/79618.html>

VS2 Verpflichtende Softwareupdates für Smartphones

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD-Fraktion im Bundestag möge sich dafür einsetzen, dass in Deutschland verkaufte Smartphones garantiert über mehrere Jahre Softwareupdates (sowohl Funktionsupdates als auch Sicherheitsupdates) erhalten. Smartphones, welche eine höhere UVP haben, sollen länger Updates erhalten, als solche, welche eine niedrige UVP haben.

Begründung: Das Smartphone stellt heutzutage eine wichtige Rolle im Alltag Vieler dar. Leider werden Smartphones vor Allem im Android-Sektor meist nur über wenige Monate/Jahren mit Updates versorgt, obwohl ein wesentlich längerer Versorgungszeitraum möglich wäre, wie Apple/Google und Modder zeigen. Die heutige Technik ist, vor allem bei höherpreisigen

Geräten, über einen viel längeren Zeitraum fähig auch das aktuellste Betriebssystem zu unterstützen, als es noch vor einigen Jahren war. Die Hardware ist irgendwann in jedem Smartphone veraltet und stellt dann evtl. einen Grund dar sich ein neues Gerät zuzulegen. Die Software sollte allerdings nicht der Grund sein, warum das „alte“ Smartphone schon nach einem Jahr nicht mehr aktuell ist.

V – Verkehr

V1 Preisgrenze für Monatskarten für Auszubildende/ Schüler*Innen/Studierende/Freiwilligendienstleistende

Antragsteller: Jill Gorzejewski

Weiterleitung an: SPD- Unterbezirksparteitag, Kreistagsfraktion

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD im Kreistag möge sich dafür einsetzen, dass die Kosten für Monatskarten für betreffende Gruppen auf maximal 50 Euro im Monat begrenzt wird und diese Monatskarten für alle Verbindungen der CeBus im Landkreis gelten. Die Monatskarten für eine festgelegte Strecke sollen davon unberührt bleiben.

Begründung: Wir finden, dass es völlig ungerechtfertigt ist, Schüler*Innen bzw. deren Eltern einen extrem hohen monatlichen Beitrag für den täglichen Schulweg abzufordern. Bildung sollte kein Kostenfaktor in der Familienkasse sein und das wird sie zumeist, da Schüler*Innen in den überwiegenden Fällen nicht über ein monatliches Einkommen verfügen, um die Fahrkarten selbst zu zahlen.

Momentan müssen Schüler*Innen für ein Ticket, welches beispielsweise nur für die direkte Verbindung von Faßberg nach Celle genutzt werden darf, monatlich (im Abotarif) 95,30€ entrichten. Dies entspricht schon fast der Hälfte des Kindergeldes, welches wesentlich besser angelegt werden sollte! Zusätzlich zu den schon hohen monatlichen Fixkosten, müssen Schüler*Innen aktuell für eine Einzelfahrt von Celle nach zum Beispiel Faßberg 8,00€ zahlen. Das bedeutet, dass ein Besuch unter Freund*Innen für Schüler*Innen 16,00€ kostet.

V2 Einen Tag im Monat kostenlos mit dem Bus fahren

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, Kreistagsfraktion

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD im Kreistag soll sich dafür einsetzen, dass einmal im Monat ein „Mobilitätstag“ stattfindet, an welchem der gesamte Busverkehr mit CeBus im gesamten Landkreisgebiet kostenlos ist.

Begründung: Um den Einwohner*Innen die Möglichkeiten des Busfahrens näher zu bringen und den Bus als Fortbewegungsmittel in den Fokus zu rücken, ist eine kostenlose „Probefahrt“ die beste Möglichkeit. Das Projekt soll das darauf abzielen, mehr Menschen dazu zu bringen auf den ÖPNV umzusteigen.

V3 Günstigere Bahntickets

Antragsteller: Alexander Pape

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Bahntickets sollen in Deutschland von der Mehrwertsteuer befreit werden.

Begründung: Um die Straßen zu entlasten und die Umwelt zu schonen, muss das Schienennetz nicht nur ausgebaut werden, sondern auch die Fahrpreise müssen angepasst werden. Um die Bahn als Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten, ist es unabdingbar, die Preise zu senken, dies geht am einfachsten über die Mehrwertsteuer.

V4 Förderung beim Kauf von Pedelecs

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD Kreistags-/Stadtratsfraktion

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD im Kreistag soll sich dafür einsetzen, dass der Landkreis die Anschaffung von Pedelecs fördert. Dies soll mithilfe einer, nach dem Kaufpreis gestaffelten, Pauschalzahlung geschehen. Nach Möglichkeit soll die Förderung **bis zu** einem gewissen Einkommen gewährt werden.

Begründung: Um die Mobilität weg vom Auto zu unterstützen, soll der Faktor des Geldes eine untergeordnete Rolle spielen. Aufgrund des relativ hohen Einstiegspreises (mindestens 1000€) bei Pedelecs (Fahrräder mit elektronischer Trittunterstützung) stellt das Geld eine für manche uneinnehmbare Hürde dar. Und das, obwohl die Unterhaltungskosten eines Zweirades wesentlich geringer sind, als die eines Autos.

V5 Neuverhandlung des Care- Diesels - Genehmigung in Deutschland

Antragsteller: Svenja Meyer

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Care-Diesel soll in Deutschland genehmigt werden.

Begründung: Bei C.A.R.E -Diesel handelt es sich um Diesel, der aus Rest- und Abfallstoffen sowie Altspeiseöl und Fettresten hergestellt wird, dadurch könnte er zu 100% regenerativ hergestellt werden, also ohne die Raffinierung von Rohöl wie bei normalem Kraftstoff.

Zwar entstehe durch die Verbrennung nach wie vor CO₂, aber durch die Nutzung von Reststoffen, die ja bereits existieren und nicht extra hergestellt werden müssen ist die gesamte Klimabilanz eines mit diesem Diesel betankten PKW um 65% reduzierbar. Care Diesel kann in allen momentan genutzten Autos getankt werden. Die Bundesregierung hat zugunsten der Elektromobilität entschieden nicht auf alternative Kraftstoffe setzen, allerdings gibt es nicht genug Ladepunkte, sowie das der Strom nicht voll umweltfreundlich ist. Außerdem wird nicht genug Lithium und Kobalt abgebaut, um die Elektroautos für alle möglich zu machen.

V6 ÖPNV Revolution in Celle

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag

Abstimmungsergebnis: ☐ Angenommen ☐ Abgelehnt ☒ Überwiesen an
Vorstand

Die SPD-Fraktion im Kreistag soll sich dafür einsetzen, dass die Kosten des ÖPNV im Landkreis durch den Landkreis getragen werden. Zusätzlich soll mit einbezogen werden, dass in Zukunft eine Attraktivitätssteigerung nur mit einer stabilen, hohen Taktung sowie einer guten Erreichbarkeit erreicht werden kann.

Begründung: Das Angebot der CeBus ist nach wie vor mangelhaft. Trotz zahlreicher Optimierungen in den letzten Jahren lässt sich keine Fahrgastzahlerhöhung feststellen. Und das obwohl der ÖPNV ein Eckpfeiler der Mobilität von morgen sein soll. Das Netz ist nach wie vor nicht flächendeckend, die Takte brechen am Wochenende und an Feiertagen komplett ein, ein Angebot besteht nur während des späten Morgens und dem frühen Abend, die Busse sind veraltet, das Tarifsystem nur mit einem Dokortitel zu entschlüsseln, die Preise zu hoch für jede*n der/die einen Bus nutzen möchte, Fahrplanauskünfte sind nur telefonisch (2020!) komfortabel möglich und, und, und. Trotz der schwierigen Finanzlage im Landkreis Celle (und auch bei der Stadt), müssen die Kosten für einen zukunftsfähigen ÖPNV durch diesen getragen werden. Dafür wird das gesamte CeBus Netz kompromisslos kostenlos für alle Einwohner*Innen im Landkreis und der Stadt und das Angebot so optimiert, dass der Bus eine Alternative zum Auto darstellt kann.

Viele Informationen rund um das Thema Mobilität bietet der Nahverkehrsplan des Landkreises Celle von 2019: <https://www.landkreis-celle.de/kreisverwaltung/amt-fuerbildung-und-kultur/oeffentlicher-personennahverkehr-oepnv.html>

V7 Kostenlose Beförderung für Schüler*Innen der Oberstufe durch CeBus

Antragsteller: Jill Gorzejewski

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, Kreistagsfraktion

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD im Landkreis Celle möge sich dafür einsetzen, dass Schüler*Innen der Oberstufe den CeBus-Nahverkehr kostenlos nutzen dürfen, um zur Schule und zurück nach Hause zu gelangen. Die kostenlose Beförderung soll nur an Schultagen und auf dem direkten Weg vom Wohnort zur Schule geschehen. Für eine Erweiterung der Beförderung soll weiterhin das Schülernetzticket zur Verfügung stehen.

Begründung: Zurzeit erhalten Schüler*Innen ab einer bestimmten Entfernung des Wohnortes zur Schule bis zum Anfang der Oberstufe ein Ticket, mit dem sie an Schultagen kostenlos mit CeBus zur Schule und nach Hause fahren können. In der Oberstufe entfällt diese Leistung jedoch. Daher müssen ab diesem Zeitpunkt Schülermonatstickets aus eigener Tasche bezahlt werden. Je nach Entfernung kosten diese Tickets zwischen 39,90 Euro und 95,30 Euro im Monat. Auf die 9 Monate des Schuljahres hochgerechnet sind das zwischen

359,10 Euro und 857,70 Euro pro Schuljahr. Es ist nicht gerecht, dass Schüler*Innen der Oberstufe durch diese Kosten benachteiligt werden, da sie wie die Jahre zuvor weiterhin die Schule besuchen und keinen eigenen Verdienst haben. Zudem sollen höhere Schulabschlüsse durch die kostenlose Beförderung unterstützt werden.

V8 Projekt Mitfahrgelegenheiten

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD Kreistags-/Stadtratsfraktion

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD im Kreistag soll sich dafür einsetzen, dass ein Projekt im Landkreis gestartet wird, welches spontane Mitfahrgelegenheiten (trampen) fördern soll. Dies soll mittels geförderter Mitnehmer*Innenbänke und eines Mitfahrer*Innenpunktes (anklebbare Plakette) geschehen.

Begründung: Da Autos meist mit nur einer Person fahren und somit der Großteil des Platzes nicht genutzt wird, bietet es sich an diese Kapazitäten besser zu nutzen. Geeignete Maßnahmen wären die Einrichtung von Mitnehmer*Innenbänken und Mitfahrer*Innenpunkten. Diese Punkte sind kleine Sticker, welche an/in den Autos angebracht werden sollen und so zeigen, dass gern Mitfahrer*Innen mitgenommen werden.

V9 Prüfung von Fahrradverleihstation

Antragsteller: Yannis Naumann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die SPD im Kreistag soll sich dafür einsetzen, dass der Landkreis die Möglichkeit prüft Fahrradverleihstationen im gesamten Landkreisgebiet einzuführen.

Begründung: Um die Mobilität weg vom Auto zu unterstützen können Fahrräder, welche flexibel an bestimmten Stellen geliehen werden können ein gutes Mittel sein.

W – Wirtschaft und Finanzen

W1 Erbschaftssteuer für Großbeträge erhöhen

Antragsteller: Jan Fleischmann

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☐ Angenommen ☒ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die Erbschaftsteuer bei Großbeträgen soll erhöht werden, um einen entsprechenden Anteil der rund 400 Mrd., die jedes Jahr in Deutschland vererbt werden, z.B: für den Ausbau von sozialer Infrastruktur zu nutzen.

Begründung: Leistung muss sich lohnen.

W2 Mitarbeiter*Innenbeteiligung in Unternehmen

Antragsteller: Pascal Hemme

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Die doppelte Besteuerung bei Mitarbeiter*Innenbeteiligungen soll abgeschafft werden. Die Besteuerung bei Ausgabe der Beteiligung soll wegfallen.

Begründung: Bisher ist es so, dass wenn ein Unternehmen eine Beteiligung vergibt, dann wird sie bei Ausgabe und im Verkaufsfall besteuert. Einige Unternehmen haben einen Weg gefunden, dass zu umgehen mit dem Nachteil, dass Mitarbeiter*Innen nicht wirklich einen Anteil des Unternehmens erhalten. Sie erhalten nur ein Anrecht auf einen Gewinnanteil, zum Beispiel beim Verkauf. Das nennt man eine virtuelle Beteiligung. Eine echte Beteiligung kann man verkaufen wie man möchte sie gehört einem. Eine virtuelle ist nur ein Anrecht auf Gewinnanteil. Für einen Fall der auch niemals eintreten kann. Den Nachteil mit der doppelten Besteuerung muss man abschaffen. Das würde den Arbeitsmarkt und das Arbeitsklima gerechter, sozialer und erfolgreicher machen. Und gleichzeitig die Produktivität der Mitarbeiter*Innen erhöhen. Eine Win-Win Situation für alle! Für Arbeitnehmer und Unternehmen!

W3 Anhebung des sozialversicherungspflichtigen Bereichs

Antragsteller: Sören Meyer

Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze für sozialversicherungspflichtige Abgaben.

Begründung: Zur Entlastung der Geringverdiener*Innen soll der Freibetrag des sozialversicherungspflichtigen Gehalts erhöht werden, sowie der Höchstbetrag für Spitzenverdiener*Innen erhöht werden. Es ist sozial ungerecht, dass bei Geringverdiener*Innen große Teile des Gehaltes für Sozialversicherungen verwendet werden während bei Topverdiener*Innen nur ein winzig kleiner Teil abgeführt werden muss.